Betreff: Politpuls – die Zürcher Politik kurz und kompakt, 27.11.2026
Datum: Freitag, 27. November 2026 um 11:30:29 Mitteleuropäische Normalzeit
Von: Zürcher Handelskammer
An: Beat Schneeberger

Die Zürcher Politik kurz und kompakt

Hier erfahren Sie alles zur Zürcher Politik und zu den aktuellen Geschäften des Zürcher Kantonsrats, die für die Zürcher Wirtschaft relevant sind.

Im Fokus

Bürgerliche Mehrheit im Regierungsrat ist keine Selbstverständlichkeit

Bei den Regierungsratswahlen vom 4. April 2027 steht die bürgerliche Mehrheit auf dem Spiel. Das zeigt die repräsentative Wahlumfrage des Forschungsinstituts Sotomo, welche die Zürcher Handelskammer, die NZZ und TeleZüri in Auftrag gegeben haben. Die Umfrage ist eine frühe Momentaufnahme, die insbesondere auch die unterschiedliche Bekanntheit der Kandidierenden widerspiegelt. Dennoch sind die Ergebnisse aus Sicht der Wirtschaft ein Weckruf. Der Erhalt der bürgerlichen Mehrheit im Zürcher Regierungsrat ist alles andere als gesichert. Hier geht es zu den Umfrageergebnissen.

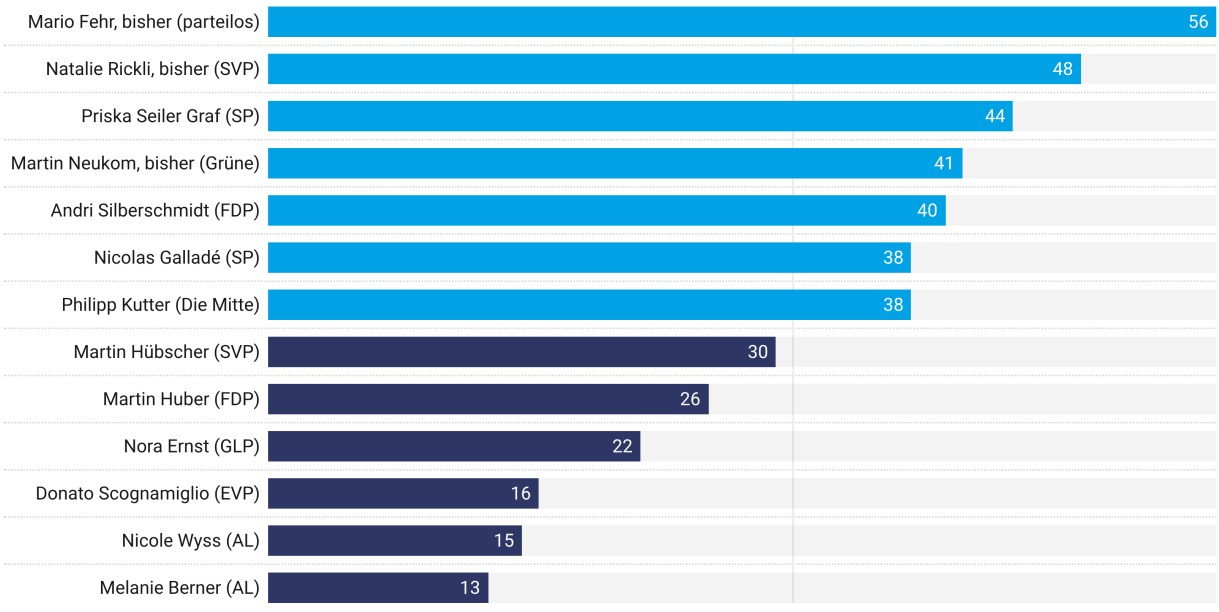
Die Zürcher Handelskammer (ZHK) unterstützt das Ticket «Zäme für Züri», mit dem Natalie Rickli (SVP, bisher) und Martin Hübscher (SVP), Martin Huber (FDP) und Andri Silberschmidt (FDP) sowie Philipp Kutter (Mitte) gemeinsam in den Wahlkampf ziehen. Die Allianz strebt eine breite Unterstützung für den Erhalt der bürgerlichen Regierungsmehrheit an. Diese ist von zentraler Bedeutung für die künftige Standortattraktivität. Gerade angesichts des zunehmenden nationalen und internationalen Standortwettbewerbs braucht Zürich eine Regierung, die sich konsequent für wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen, einen finanzpolitisch soliden Kurs und eine leistungsfähige Infrastruktur einsetzt. Informationen zum Komitee und zum Beitritt finden Sie hier.

Am Mittwoch präsentierte Sotomo-Geschäftsführer Michael Hermann die Umfrage am grossen Regierungsratspodium im UBS-Konferenzzentrum Grünenhof. Die Präsidien der Regierungsparteien und alle 13 Kandidierenden stellten sich den Fragen von Daniel Fritzsche (NZZ) und Oliver Steffen (TeleZüri).

Zum Artikel über das Regierungsratspodium

Prominente Namen dominieren das Spitzenfeld

Wahlabsicht Regierungsratskandidierende, Angaben in Prozent



Wortlaut der Fragestellung: «Welche Kandidierenden werden Sie am 4. April 2027 voraussichtlich in den Regierungsrat wählen? / Bitte wählen Sie maximal sieben Kandidierende!»

Quelle: Sotomo • Erstellt mit Datawrapper

Das ist in der Pipeline

Budget 2027: Ausgaben- und Personalwachstum bremsen

Darum geht es
Die Finanzkommission des Zürcher Kantonsrats beantragt laut einer aktuellen Mitteilung für das Budget 2027 einen Ertragsüberschuss von 367 Millionen Franken, 137 Millionen mehr als der Regierungsrat beantragt. Der Aufwand steigt dabei gegenüber dem Vorjahr um rund 400 Millionen Franken. Allein in der Kernverwaltung sieht der Regierungsrat 687 zusätzliche Vollzeitstellen vor. Trotz dieser Verbesserung können die geplanten Investitionen von rund 1,3 Milliarden Franken nicht vollständig aus eigenen Mitteln finanziert werden. Im Dezember entscheidet der Kantonsrat über das Budget.

Das meint die ZHK
Die Korrekturen der Finanzkommission gehen in die richtige Richtung. Der Überschuss in der Erfolgsrechnung darf aber nicht über das anhaltende Ausgabenwachstum hinwegtäuschen. Um den finanziellen Spielraum für Investitionen in Bildung und Infrastruktur sowie für eine wettbewerbsfähige Steuerpolitik zu wahren, muss der Kanton seine laufenden Ausgaben stärker begrenzen. Besonders problematisch ist der erneute Personalaufbau. Die Budgetvorlage unterstreicht die Notwendigkeit der von der Zürcher Handelskammer unterstützten Initiative «Personalbremse».

Sinkende Grundkompetenzen: Anfrage verlangt Klarheit vom Regierungsrat

Darum geht es

Die Kantonsräte Claudio Zihlmann, Dieter Kläy und Marc Bourgeois (alle FDP) fragen den Regierungsrat in einer Anfrage, wie sich die Grundkompetenzen der Schulabgängerinnen und Schulabgänger entwickelt haben. Gemäss der Überprüfung der Grundkompetenzen 2024 erreichen am Ende der 4. Klasse im schweizweiten Durchschnitt nur 79 Prozent im Lesen und 76 Prozent in Mathematik die Vorgaben. Schweizer Ausbildungsbetriebe melden in einer Umfrage von SAV, economiesuisse und sgv Defizite beim Schreiben und in der Mathematik sowie einen höheren Betreuungsaufwand. Der Regierungsrat soll die Datenlage, die Fördermassnahmen und die Folgen für die Lehrstellen darlegen.

Das meint die ZHK

Solide Grundkompetenzen sind die Basis der Berufsbildung und sichern die Fachkräfte von morgen. Entscheidend ist, dass der Kanton die Datenlage transparent macht und Defizite früh erkennt. Die Betriebe tragen heute den Mehraufwand. Das hat Folgen: Jeder fünfte befragte Betrieb bildet deshalb bereits weniger Lernende aus oder beabsichtigt dies. Das gefährdet die duale Berufsbildung, einen zentralen Standortvorteil. Nötig sind wirksame Fördermassnahmen, die schon in der Volksschule ansetzen. Zur Berufsbildung siehe auch den Beitrag in der Rubrik «Gut zu wissen».

Wo konkurrenzieren staatliche Unternehmen private Akteure?

Darum geht es
Vertreter von FDP, EVP, SVP und Mitte haben im Kantonsrat eine Anfrage betreffend «Staatliche Unternehmen im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft – Umfang, Grenzen und Risiken» eingereicht. Der Vorstoss will wissen, an welchen Unternehmen der Kanton Zürich in welchem Umfang beteiligt ist, in welchen Geschäftsfeldern sie aktiv sind und wo sie in direkter Konkurrenz mit privaten Firmen stehen. Ferner soll der Regierungsrat darlegen, wo die Grenzen des öffentlichen Auftrags verlaufen und wie deren Einhaltung kontrolliert wird.

Das meint die ZHK
Staatliche Unternehmen oder Unternehmen unter staatlicher Kontrolle erfüllen oft wichtige Funktionen in der Grundversorgung, die Private nicht übernehmen können oder wollen. Ihr Auftrag muss aber klar und eng definiert sein, und sie dürfen nicht in Konkurrenz mit privaten Anbietern treten. Die implizite Staatsgarantie verschafft ihnen einen Wettbewerbsvorteil. Damit verzerren sie den Wettbewerb und schwächen die Investitionsbereitschaft und Innovationskraft privater Akteure.

Gut zu wissen

Wintersession 2026 – Bilaterale, Bankenregulierung, Armeefinanzierung

Neben dem Budget und der Bundesratswahl vom 9.12.2026 wird sich das eidgenössische Parlament in der anstehenden Wintersession (30.11. bis 18.12.2026) wiederum mit diversen für die Wirtschaft und den Standort Zürich relevanten Themen befassen. Der Nationalrat berät unter anderem über die Armeefinanzierung, über die Eigenmittelunterlegung ausländischer Beteiligungen im Stammhaus von systemrelevanten Banken (Bankengesetz) sowie über das Vertragspaket mit der EU einschliesslich der Frage des Ständemehrs. Der Ständerat hat diese Geschäfte bereits beraten. Als Erstrat berät er nun auch das Stromabkommen mit der EU. Die Ständeräte werden zudem bereits zum zweiten Mal die Standesinitiative des Kantons Zürich behandeln, die eine leichte Ausweitung der Sonntagsverkäufe fordert. Der Nationalrat hatte sie zuletzt befürwortet und an den Ständerat zurückgeschickt.

Attraktivität der Berufsbildung: Konkrete Projekte gestartet

Unter der Leitung von Bundespräsident Guy Parmelin haben die Verbundpartner der Berufsbildung am 24. November 2026 am nationalen Spitzentreffen den Bericht zur Umsetzung der Roadmap «Attraktivität der Berufsbildung» zur Kenntnis genommen und die entsprechenden Massnahmen gutgeheissen. Acht Projekte sollen die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen stärken, attraktive Bildungs- und Karrierewege fördern und die Berufsbildung auf künftige Herausforderungen ausrichten.

Strengere Eigenmittelanforderungen für die UBS

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats (WAK-N) hat die Beratung der Vorlage zur Eigenkapitalunterlegung ausländischer Beteiligungen systemrelevanter Banken abgeschlossen und beantragt mehrheitlich, dem Ständerat zu folgen. In der Kernfrage der Vorlage, nämlich der Unterlegung ausländischer Beteiligungen von systemrelevanten Banken mit hartem Kernkapital (CET1), schliesst sich die Kommission dem Beschluss des Ständerates an und zieht letztlich mit 13 zu 12 Stimmen eine 90-prozentige Unterlegung einer 80-prozentigen vor. Weitere Vorschläge hatten keine Chance. Der Nationalrat befasst sich in der Wintersession mit dem Geschäft.

Konzernverantwortungsinitiative 2.0 – Bundesrat verabschiedet neues Gesetz

Das neue Bundesgesetz über die nachhaltige Unternehmensführung (NUFG) soll grosse Schweizer Unternehmen verpflichten, die Menschenrechte einzuhalten und der Umwelt Sorge zu tragen. Die Zürcher Handelskammer hatte sich im Vernehmlassungsprozess dazu geäussert. An seiner Sitzung vom 25. November 2026 hat der Bundesrat die Ergebnisse der Vernehmlassung zur Kenntnis genommen und die Botschaft zum NUFG als indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Grossunternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» verabschiedet. SwissHoldings erachtet diesen in einer ersten Stellungnahme als einen Schritt in die richtige Richtung. Als Nächstes berät das Parlament über den Gesetzesentwurf.

US-Zölle dürften Anfang 2027 auf 15 Prozent ansteigen

Das Büro des US-Handelsbeauftragten hat am 25. November die bereits seit dem Frühjahr erwarteten Untersuchungen zu strukturellen Überkapazitäten in verarbeitenden Branchen veröffentlicht. Der amerikanische Präsident Donald Trump wird auf Basis dieser Untersuchungen eine neue Runde an Ausgleichszöllen gegenüber den wichtigsten Handelspartnern verhängen. Gemäss NZZ dürfte für die Schweiz und die EU der bisher vereinbarte Maximalzollsatz von 15 Prozent eingehalten werden. Wichtig für unsere Exportindustrie bleibt, dass Schweizer Ausfuhren in die USA gegenüber der Konkurrenz aus der EU nicht schlechter gestellt sind. Die Zölle dürften Anfang 2027 in Kraft treten.

Drei Fragen an ...

Pia Ackermann, SP, Wahlkreis Stadt Zürich 3+9

Seit mehr als elf Jahren gehört Pia Ackermann dem Zürcher Kantonsrat an, wo sie für die SP politisiert. Seit 2023 sitzt sie zudem in der Geschäftsprüfungskommission. Zuvor war sie, passend zu ihrem Beruf als Physiotherapeutin, zwei Legislaturen Mitglied der Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit.



Frau Ackermann, welche Themen liegen Ihnen derzeit in Ihrem Wahlkreis Stadt Zürich 3+9 (Wiedikon und Altstetten/Albisrieden) besonders am Herzen?

Viele Einwohnerinnen und Einwohner werden durch Leerkündigungen und nachfolgend sehr hohe Mieten in Neubauten aus den Quartieren verdrängt. Deswegen setze ich mich für mehr bezahlbare Wohnungen ein.

Wenn Sie Königin von Zürich wären, was würden Sie als Erstes zugunsten des Standorts Zürich entscheiden?

Als Erstes würde ich die Monarchie abschaffen und den Aufbau einer Demokratie einleiten, in der alle Bewohnerinnen und Bewohner sich einbringen können. In der Zwischenzeit würde ich die Verhinderungspolitik des Kantons gegenüber der Stadt Zürich, z. B. beim Verkehr und Wohnbau, unterbinden.

Wie finden Sie Ausgleich zu Beruf und Politik?

Gerne verbringe ich Zeit mit Freundinnen und Freunden, mit der Familie, mache Sport oder gehe wandern.

Folgen Sie uns auf:

Zürcher Handelskammer, Löwenstrasse 11, Postfach, 8021 Zürich,
direktion@zhk.ch, 044 217 40 50

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie Mitglied der Zürcher Handelskammer sind, Sie an einer Veranstaltung der Zürcher Handelskammer teilgenommen oder sich in den Verteiler eingetragen haben. Sie können sich jederzeit von diesem Newsletter abmelden.
Abmelden

Bleiben Sie informiert – entdecken Sie auch unsere anderen Newsletter!
Hier anmelden.

Wird die E-Mail nicht korrekt dargestellt?
Diese E-Mail im Browser anzeigen

Zürcher Handelskammer